

PARTEIEN

„Ich sag' immer ich“

Anzeigenkampagnen und öffentliche Happenings –
Selbstdarsteller und wohlhabende Weltverbesserer entdecken
den Wahlkampf als Bühne für ihre Inszenierungen.

Der Raum im Kölner Szenetreff „Tunnels“ ist ziemlich ungemütlich. Ein langer Schlauch, grau und düster. Wahllos stehen die Stühle herum, das Licht ist funzelig. Auf dem nordrhein-westfälischen Landesparteitag von „Chance 2000“ ist nichts zu spüren von dem bunten Theater- und Fernsehflair, mit dem Parteigründer Christoph Schlingensiefel sein Projekt sonst gern umgibt.

Die versammelten etwa 25 Aktivisten scheint die triste Atmosphäre jedoch kaum zu stören. Aus Berlin ist Schlingensiefel-Stellvertreter Detlev Neufert angereist, und der ist, was das Partei-Markenzeichen, die schrägen Sprüche angeht, ein fast vollwertiger Ersatz für den abwesenden Vorsitzenden. Etwa mit dem schönen Ratschlag: „Man muß auch im Denken mal schweigen können.“ Oder der Erkenntnis: „Der Weg ist nicht zu Ende, wenn das Ziel explodiert.“

Bisher ist das Ziel nicht explodiert: „Chance 2000“ (Motto: „Scheitern als Chance“) will in den nächsten Bundestag. Und „glockenfröhlich“, glaubt Neufert, seien darüber schon die Landeswahlleiter.

Das allein hilft allerdings wenig. Um am 27. September auf dem Wahlzettel zu erscheinen, müssen Parteien wie „Chance 2000“, die bisher weder in einem Landesparlament noch im Bundestag vertreten waren, Wahlberechtigte finden, die ihre Kandidatur schriftlich unterstützen. Je nach Bundesland bis zu 2000 Unterschriften verlangt das Bundeswahlgesetz.

„Phase der trockenen Leidenschaften“ nennt Neufert die mühsame Sammelei, zu der die Schlingensiefel-Truppe wochenlang mit einem 40 Jahre alten Bus namens „Bruno“ quer durchs Land unterwegs war. Dresden, Hamburg, Schwerin – mal mit Schlingensiefel, mal ohne.

Vor dem Mecklenburgischen Staatstheater müssen Wiebke Kottenkamp, 19, und Stefanie Hanke, 18, auf ihren Parteigründer verzichten. Brunos ganz in Blau gehaltener Fond, als „Vip-Lounge“ für den Regisseur reserviert, steht leer. Schlingensiefel hat in Berlin zu tun.

Dabei hätten sie den Unterhaltungskünstler gerade hier dringend gebraucht. Denn die Schweriner mögen Parteien erkennbar nicht und Unterschriften auf amt-

lichen Formularen noch weniger. Forschen Schrittes eilen die „lieben Theaterfreunde“ an den bereitgelegten Listen vorbei.

Eine Dame mit weißer Spitzenbluse und akkurat gelocktem Haar will gerade noch wissen: „Gibt es auch ein Parteiprogramm?“ Auf dem blauen Faltblatt, das Wiebke Kottenkamp ihr in die Hand drückt, steht in großen gelben Buchstaben: „Beweise, daß es Dich gibt!“ Schmallippig entschwindet die Theatergängerin.

Dann endlich kommt einer, der Schlingensiefel kennt. „Vom Fernsehen“, sagt er und zückt strahlend seinen Kugelschreiber. Mehrere Umstehende unterschreiben gleich mit. Würden sie den TV-Star auch



Wahlkämpfer Hoffmann, Peters: Einfälle morgens unter der Dusche

Harald Schmidt und Wolfgang Joop garantieren Publicity und sorgen für das nötige Spielgeld.

Kaum eine Talkshow, die Schlingensiefel nicht ausführlich zu Wort kommen läßt. Selbst als Buch sind die schrägen Slogans seiner Polit-Parodie („Wähle Dich selbst“) mittlerweile zu haben.

Und wenn es dann am Ende doch nicht klappen sollte mit dem Einzug in den Bundestag – kein Problem. Dann wird das Stück eben vom Spielplan genommen, publicityfördernd war es in jedem Fall, und Spaß gemacht hat es auch.

„Ich seh' die Partearbeit als gesundheitspsychologischen Selbstreinigungsprozess“, sagt Nico Haupt, 29, der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, der sich ansonsten als „freier Autor im Internet“ vorstellt. Und Parteiförderer Joop findet: „Chance 2000 ist eine Reise mit unbekanntem Ziel, aber wenigstens reist man.“

Bolko Hoffmann, 60, kennt sein Ziel. Er will den Euro verhindern. Auch sonst hat der Gründer der Pro-DM-Partei mit großer Goldrandbrille und sorgsam über den Kopf drapierten Haaren zunächst we-



wählen? Achselzucken. Aber schaden, da sind sich alle einig, kann so ein bunter Vogel in Bonn nicht.

34 Mini-Parteien wollen diesmal an der Wahl teilnehmen – mehr als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Von der „Autofahrer- und Bürgerinteressen Partei Deutschlands“ über die „Partei der Nichtwähler“, „Die Tierschutzpartei“ oder die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ ist so ziemlich jede Marotte vertreten. Da scheint „Chance 2000“ nur eine der vielen wunderlichen Kleinstparteien zu sein, wie sie von Wahljahr zu Wahljahr in wachsender Zahl auftreten.

Tatsächlich jedoch markiert das Schlingensiefel-Spektakel, dessen Höhepunkt ein Bad im Wolfgangsee werden soll (siehe Seite 137), eine Veränderung im bundesdeutschen Wahlkampf: Stimmengang als Trash-Comedy, als selbstverliebte Aufführung, vor großem Publikum, befördert und finanziert von illustren Mäzenen, die selbst Teil der Inszenierung sind. Alfred Biolek,

nig gemeinsam mit dem wuschelköpfigen Berliner Theaterfreak Schlingensiefel.

Und doch ist auch Hoffmann ein Beispiel dafür, wie im Wahljahr 1998 finanzkräftige Außenseiter die Politik als Bühne entdecken: für eine Performance, in der sie Hauptdarsteller und Regisseur sind.

Eine Wiederkehr der „Honoratiorenpartei“ des 19. Jahrhunderts sieht der Politikwissenschaftler Peter Lösche in dieser Entwicklung. Ergebnis, so Lösche, einer zunehmenden Auflösung der alten Parteimilieus und einer fortschreitenden Personalisierung des Wahlkampfes bei allen Parteien. In den Vereinigten Staaten ist das Phänomen, etwa mit dem Auftreten des Milliardärs Ross Perot im Präsidentschaftswahlkampf von 1992, schon seit längerem zu beobachten.

Der deutsche Ross Perot mag nicht ganz so wohlhabend sein wie sein amerikanisches Pendant, aber als Verleger des Börsenblattes „Effecten-Spiegel“ verfügt Hoffmann immerhin über genügend Finanz-

mittel, um seine Botschaften in ganzseitigen Zeitungsanzeigen unter die Wähler zu bringen.

Von „Kohls Euro-Wahn“, der „uns alle zum Sozialfall“ mache, ist darin viel die Rede und davon, daß „das Großkapital die deutsche Volkswirtschaft“ ausplündere. Das klingt nach DKP. Aber Hoffmann ist kein Kommunist, im Gegenteil. Er ist „Börsianer“, und das ist für den Mann mehr Berufung als Beruf.

Gut 100 000 Exemplare verkauft der „Effecten-Spiegel“ und ist damit laut Eigenwerbung das „größte Börsenjournal Europas“. Doch das eigentliche Geschäft macht

könnte sie bei der Bundestagswahl erringen, hat Emnid in einer von Hoffmann in Auftrag gegebenen Umfrage ermittelt.

Für den Fall, daß er in den Bundestag einzieht, hat der Düsseldorfer Verleger bereits Großes vor. „Gar keine Frage“, sagt er, „daß ich die zentrale Verantwortung in der Wirtschaft will.“ Denn: „Nur ein Börsianer kann den Mist, den Kohl macht, wieder wegräumen.“

Koalieren würde er dafür mit jedem, „der den Euro wieder rückgängig macht“. Mit Gerhard Schröder zum Beispiel. Schließlich „sage ich nichts anderes, als der vor sechs Monaten gesagt hat“.

Einen Mitstreiter immerhin hat er schon gefunden. Nachdem er seinen Plan in einer seiner Großanzeigen vorgestellt hatte, bot die Walter Bau-AG aus Augsburg „unsere kooperative Zusammenarbeit“ an. Allerdings, gab Vorstandsvorsitzender Ralf Porzig zu bedenken, stecke „der Teufel“ auch „hier im Detail“, so daß am Ende wohl keine 500 000 Jobs für Arbeitslose dabei herauspringen werden.

Doch so einfach läßt sich Parteigründer Hoffmann den Schwung nicht nehmen. Mit vielen Anzeigen und einer Postwurfsendung will er weiter für seine Vorstellungen werben. „Unser Potential sind ja die Nichtwähler, die Frustrierten“, sagt er. „Zu Veranstaltungen kommen die doch nicht.“

Mit Anzeigen macht auch Kaufmann Heiko Peters, 56, Wahlkampf. Allerdings nicht für, sondern vor allem gegen eine Partei – die eigene. Peters ist Mitglied der CDU im feinen Hamburger Stadtteil Blankenese.

Mit der Bonner Unionspitze jedoch und mit deren Koalitionspartner FDP liegt der Hamburger seit längerem in erbittertem Clinch. Die Regierung, zürnt er, werde bei den Wahlen „weggefegt“ vom „Sturm der Entrüstung“.

Grund für Peters' Empörung sind die Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der damaligen sowjetisch besetzten Zone. Als eine Art umgedrehter Robin Hood ficht er dafür, daß den Grundbesitzern die ehemaligen Ländereien zurückgegeben werden, soweit diese heute dem Staat gehören.

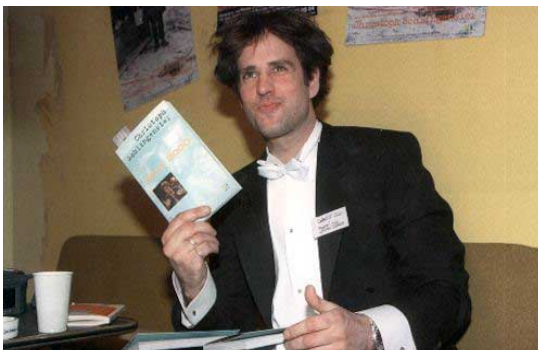
Mit Spenden Hamburger Kaufleute finanziert er, der selbst gar keine Latifundien in Ostdeutschland zu erwarten hat, sondern mit einem von den Großeltern ererbten Feinkostladen reich geworden ist, seit Herbst 1996 Zeitungsanzeigen, in denen es von Attacken gegen die Bonner Regierung nur so wimmelt: „Lüge“, „Betrug“, „Hehlerlei“, „Täuschung“. Und ebenso lange ignoriert die Unionspitze eisern die wütenden Beschimpfungen ihres Hamburger Mitglieds.

Eine Strategie, die die Kampfeslust des schwergewichtigen Mannes mit dem pausbäckigen, fast noch kindlichen Gesicht nur noch weiter anheizt. „Wenn ich heute die Partei wechseln würde, würde das noch mal einige hunderttausend Stimmen kosten“, behauptet er selbstbewußt.

Also sticht er munter weiter mit seinen Großanzeigen. Schließlich ist Wahlkampf. „Wenn mir morgens was einfällt unter der Dusche, dann wird sofort beim Frühstück noch telefoniert.“



Unterschriftenaktion von „Chance 2000“ in Schwerin: „Phase der trockenen Leidenschaften“



Parteiogründer Schlingensief: „Wähle Dich selbst“

der Verleger und Gründer des Anlage-Blattes mit Wertpapieren an der Börse. Die Aktionäre der „Effecten-Spiegel AG“ konnten 1997 eine Dividende von stolzen 80 Prozent einstecken.

Da soll auch die Deutschland AG nicht länger darben. „Angeregt durch die 8000 Aktionäre“, hat Hoffmann im April die Pro-DM-Partei gegründet. 5,7 Prozent

Zu gern würde er den „Stümpfern“ in Bonn mal zeigen, „wie ein Profi wie ich“ die Wirtschaft wieder auf Vordermann bringt. „Ich will Ihnen das mal erklären“, sagt er und redet sich gleich so in Rage, daß er seine schöne neue Partei samt Mitgliedern, Satzung und Programm ganz vergißt. Als sie ihm dann doch wieder einfällt, hält er einen Moment irritiert inne: „Ich sag' immer ich, die Partei natürlich. Aber ist ja egal, die Idee ist ja von mir.“

Die Idee nämlich, die vier Millionen Plattenbauten in der ehemaligen DDR in den nächsten zehn bis zwölf Jahren abzureißen und an deren Stelle „für die heutigen Mieter“ Eigentumswohnungen bauen zu lassen. Das brächte, glaubt er, 500 000 Arbeitsplätze im Osten, und „die Börse würde sich freuen, eine solche Transaktion begleiten zu dürfen“.